

metallnachrichten

Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg

Nr. 6 – 26. Januar 2004

3. Tarifverhandlung – Arbeitgeber bieten zwei Mal 1,2 Prozent auf 27 Monate

1,2% sind kein Angebot – sondern eine Zumutung!

Das ist kein Angebot – das ist eine Zumutung“. So reagierte IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann auf das „Lösungspaket“, das die Metallarbeitgeber in der dritten Verhandlung am 23. Januar vorlegten: Zwei Mal 1,2 Prozent Einkommenserhöhung auf 27 Monate soll es geben, aber nur, wenn die IG Metall längeren, auch unbezahlten Arbeitszeiten und betrieblichen Öffnungsklauseln zustimmt. Jörg Hofmann: „Das Angebot sichert nicht einmal den Preisausgleich.“

Die Einzelheiten des „Lösungspakets“ von Südwestmetall:

- Einkommen: 1,2 Prozent für Januar 2004 bis März 2005. Weitere 1,2 Prozent ab April 2005 bis März 2006.
- Arbeitszeit: Korridore von 35 bis 40 Stunden, mit oder auch ganz ohne Lohnausgleich.
- Die Einkommenserhöhungen, so die Arbeitgeber weiter, soll es nur geben, wenn die IG Metall den Arbeitszeitverlängerungen ohne Bezahlung zustimmt.

Die IG Metall wies dieses „Angebot“ zurück. „Das ist ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten“, sagte Bezirksleiter Jörg Hofmann. Das Angebot zur Einkommenser-



„Jetzt geht's los“: Etwa 1200 Beschäftigte aus dem ganzen Land demonstrierten am 23. Januar in Böblingen

höhung unterhalb der Preissteigerung sei eine Provokation. Das vor allem auch angesichts der Mehrbelastungen, die den Menschen zur Zeit zugemutet würden. „Mit der IG Metall gibt es keinen Lohnraub“, so der Bezirksleiter: **Wir wollen die faire Beteiligung der Beschäftigten** am wirtschaftlichen Fortschritt. Die IG Metall besteht auch auf dem Grundsatz: **Geleistete Arbeit wird bezahlt.** „Die 35 bleibt“, so Jörg Hofmann. Die Forderungen der Arbeitgeber nach Arbeitszeitverlängerung würden nochmals tausende Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit treiben (mehr zum Thema Arbeitszeit Seite 2).

Der Bezirksleiter und unsere Verhandlungskommission weisen auch das Junktim zurück, mit dem die Arbeitgeber Einkommenserhöhungen mit längerer Arbeitszeit verknüpfen wollen: „Mit diesen Vorstellungen rückt ein Tarifabschluss in freien Verhandlungen in weite Ferne.“

Am 27. Januar bei der 4. Verhandlung wird die IG Metall einen weiteren Lösungsversuch während der Friedenspflicht versuchen. **Bleiben die Arbeitgeber stur, dann haben sie die Reaktion in den Betrieben selbst zu verantworten.**

Friedenspflicht geht zu Ende!

Am 28. Januar, 24 Uhr, endet die Friedenspflicht. Ab 29. Januar, null Uhr, sind Warnstreiks möglich und rechtmäßig.

Aktuelle Infos immer unter www.bw.igm.de

Die Arbeitgeber ignorieren die traurige Wahrheit des Arbeitsmarktes:

**462 000
Arbeitslose
in Baden-
Württemberg!**

(Ende Dezember 2003)

**Nur 35 000
offene Stellen!**

**83 000 Arbeitslose
sind über 50 Jahre**

**40 000 Arbeitslose
sind unter 25 Jahre**

**91 000 sind
langzeitarbeitslos**

Arbeitszeitverlängerung vernichtet noch mehr Arbeitsplätze!

Stimmen aus der Tariff Kommission zur Situation in der Tarifrunde:

„Leute stehen hinter uns“

Die Tariff Kommission hat am 22. Januar über den Stand der Tarifrunde diskutiert. In der Diskussion gab es keinen Zweifel daran, dass die Beschäftigten entschlossen sind, sich für ihre Interessen aktiv einzusetzen. Einige Stimmen:



Jürgen Stamm, IG Metall Stuttgart: „Die Arbeitgeber sind gar nicht an Arbeitszeitgestaltung interessiert. Sie wollen nur Kosten senken. Wir in Stuttgart sind zur Auseinandersetzung vorbereitet.“



Karl Schäfer, Ledermann, Vst. Freudenstadt: „Die Kolleginnen und Kollegen stehen hinter uns, Sie wollen ihre Arbeitsplätze sichern und mehr Ein-

kommen bekommen. Bei uns wollte der Arbeitgeber einen Arbeitszeitkorridor von 28 bis 42 Wochenstunden – und das auf drei Jahre. So geht's nicht, das lehnen wir ab.“



Achim Dietrich, ZF Friedrichshafen: „Die Leute stehen hinter uns. Schon bei den Aktionen für die Tarifautonomie hatten wir eine Riesen-Beteiligung, auch

bei den Angestellten: Die Büros waren leer. Diesen Schwung nehmen wir jetzt mit in die Tarifrunde.“



Dieter Böttcher, Bosch Waiblingen: „Eine Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden würde bei uns 186 Arbeitsplätze kosten. Die Arbeitgeber verschärfen die Arbeitslosigkeit.“



Finger weg: Protest gegen die Arbeitgeber am 23. Januar in Böblingen

Bosch Leinfelden:

**40 Stunden und
Entgeltkürzung**

Bei Bosch in Leinfelden sollen 150 Stellen gestrichen werden, das wurde der Belegschaft Ende 2003 mitgeteilt. Bosch will künftig mehr in Osteuropa und in China produzieren. Um Arbeitsplätze zu halten, sollen die Beschäftigten in Leinfelden und im sächsischen Sebnitz ohne zusätzliche Bezahlung 40 Stunden arbeiten und gleichzeitig ihre Einkommen um 8 Prozent gekürzt bekommen. So stellt sich die Bosch-Geschäftsleitung die schöne, neue Arbeitswelt vor.

Bosch bestätigte aber damit selbst, dass Arbeitszeitverlängerung nicht für mehr Beschäftigung sorgt: Trotz 40-Stunden-Woche sollen 120 Stellen gestrichen werden, also nur 30 weniger als vorher. „Das ist starker Tobak“, sagte Bezirksleiter Jörg Hofmann: „Bosch zerstört unnötig das Betriebsklima und die Motivation der Beschäftigten.“